

Söder droht mit Ausgangssperre

„Wir werden so etwas nicht dulden“: Bayerns Ministerpräsident verurteilt Corona-Partys und appelliert an die Vernunft der Bürger

Von Ralf Müller

Auf „Blut, Schweiß und Tränen“ wie Winston Churchill vor 80 Jahren schwor Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) die Bayern zwar nicht ein, aber auf einen „Test“: Die Corona-Pandemie sei „ein Test für die Medizin, die Wirtschaft und die Gesellschaft“. An pathetischen Worten sparte Söder in seiner gestrigen Regierungserklärung vor einem auf ein Fünftel der Abgeordneten reduzierten Not-Parlament nicht. Mit „Gott schütze unsere Heimat“ beendete er seine Ausführungen, zu denen es Beifall von allen Fraktionen des Landtags gab. Selbst bei der AfD rührte sich die eine oder andere Hand.

Während Söder ein „Höchstmaß an Verantwortungsbewusstsein“ einforderte, war die Zahl der Infizierten im Freistaat binnen 24 Stunden um 400 auf 2822 und die der Todesfälle auf neun (Stand 18 Uhr: bereits 13 Tote) gestiegen. Bayern, sagte Söder, stehe „vor einer historischen Bewährungsprobe, der größten seit dem Zweiten Weltkrieg“. Viele würden den Ernst der Lage verkennen und sich bei schönem Wetter in Parks und an Seen treffen. Wenn sich so viele Menschen nicht freiwillig beschränkten, „bleibt am Ende nur die bayernweite Ausgangssperre. Das muss jedem klar sein“, drohte Söder: Den Partys könne man „nicht endlos zusehen“. Jeder solle „Vernunft walten lassen und sich genau überlegen, ob er wirklich nach draußen gehen muss“.

Corona-Partys seien kein Spaß. Ältere Menschen aus Jux anzuhusten, sei ein „unmögliches Verhalten“, so Söder weiter: „Wir werden so etwas nicht dulden“. Das Gleiche gelte für die Verbreitung von Falschnachrichten und den Hacker-Angriff auf die digitale Lernplattform „Mebis“. In solchen Krisen erlebe man eben nicht nur, dass viele in ihrem sozialen Engagement über sich hi-

naus wüchsen, sondern auch, dass so manche Negativseite hervortrete. Das gelte auch für Hamsterkäufe, für die es nach wie vor keinen Anlass gebe.

Die erste Ausgangssperre in Bayern gilt seit Mittwoch in der oberpfälzischen Kleinstadt Mitterteich (siehe Seite 10). Seit gestern gibt es eine weitere in zwei Kommunen im Landkreis Wunsiedel in Oberfranken. Grund ist jeweils eine schnell steigende Zahl von Coronavirus-Infizierten.

Zusätzliche Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche verkündete Söder zunächst nicht. Er kündigte die Verdoppelung der Zahl von derzeit 4000 Intensivbetten im Freistaat sowie eine Erhöhung der Corona-Testkapazitäten auch durch private Labore an. Der Freistaat habe 1000 neue Beatmungsgeräte gekauft und sehe sich nach weiteren um. Die Versorgung mit Schutzmasken sei „beson-

Dazu gehörten weitere unbürokratische Soforthilfen für Betriebe, die teilweise Übernahme von Miet- und Darlehenszahlungen von Unternehmen, sofern diese ihre Mitarbeiter im Betrieb halten.

Als Vorbild für die anderen Bundesländer pries Söder die direkte Soforthilfe in Höhe von 5000 bis 30 000 Euro für Selbstständige, kleine und Kleinstbetriebe mit bis zu 250 Beschäftigten in Bayern, für die Formulare seit Mittwoch heruntergeladen werden können. Diese Hilfe richte sich unter anderem an Wirte, Tourismusbranche, Taxifahrer, Messebauer, den Handel und alle Kulturschaffenden.

In einer bisher nicht gekannten Einmütigkeit unterstützten alle Fraktionen des Landtags die Maßnahmen der Söder-Regierung. Auch die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze verurteilte „Corona-Partys“, aber auch Arbeitgeber, die trotz Möglichkeiten ihre Mitarbeiter nicht ins Homeoffice schickten. Die größte Oppositionsfraktion werde „konstruktiv helfen“, versicherte Schulze. Solidarität sei das Gebot der Stunde, „aber auch der Zukunft“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Horst Arnold. Die SPD werde aber sehr genau darauf achten, dass die jetzt zur Verfügung gestellten staatlichen Finanzmittel „gerecht“ eingesetzt würden.

Im Schnelldurchgang kippte der Landtag einstimmig die in der Landesverfassung verankerte schwarze Null und billigte einen um zehn Milliarden Euro ausgeweiteten Nachtragshaushalt. Der bayerische Haushalt für 2020 erreicht damit ein Rekordvolumen von 70 Millionen. Man befinde sich in einer „absoluten Ausnahmesituation“, in der „andere Prioritäten“ gelten, so Finanzminister Albert Füracker (CSU).

Sogar die FDP, die stets mehr als alle anderen auf ausgeglichene Haushalte und die Rückführung der Staatsschulden drängt, stimmte zu. Die „schwarze Null“ sei „kein religiöses Dogma“, sagte Fraktionschef Martin Hagen.

Die jetzt gelöste Schuldenbremse habe die Voraussetzungen geschaffen, um jetzt „aus dem Vollen schöpfen“ zu können.

ders schwierig“, räumte Söder ein. „Die ganze Welt bestellt und keiner liefert.“ In Bayern sei die Eigenproduktion von Schutzausrüstung mit mittelständischen Unternehmen auf den Weg gebracht worden und werde in der kommenden Woche anlaufen.

In Folge der Corona-Seuche erwartet Bayerns Ministerpräsident eine „tiefgreifende Rezession“, die wahrscheinlich noch schlimmer ausfallen werde als die der Finanzkrise vor zwölf Jahren. Die Staatsregierung werde alles tun, um die Wirtschaft zu stützen („whatever it takes“).

Die vom Bund beschlossenen Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld sowie Bürgschaften und Darlehen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) würden auf nationaler Ebene allerdings nicht ausreichen. Deshalb, so Söder, „braucht es ein riesiges Finanzpaket von mindestens 100 Milliarden Euro“.